

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE L

FINANZEN UND STEUERN

Reihe 2

**Steuerhaushalt
von Bund, Ländern und Gemeinden**

1975



VERLAG W KOHLHAMMER, STUTTGART UND MAINZ
Bestellnummer: 300200 — 750000

Erschienen im September 1976

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 4,-

Inhalt

Seite

T e x t t e i l

I	Hinweise zur Statistik	5
II	Ergebnisse	14
III	Zusammenfassende Übersichten	21

T a b e l l e n t e i l

1	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1975	24
2	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1975	
	a) Insgesamt	28
	b) Kreisfreie Städte	28
	c) Kreisangehörige Gemeinden	30
	d) Landkreise	30
3	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Kreisangehörigen Gemeinden im Jahr 1975 nach der Steuerverteilung und nach Gemeindegrößenklassen	31

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die kleinste Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Ergebnisse der Länder in tieferer regionaler Gliederung werden in den "Statistischen Berichten" der Statistischen Landesämter mit den Kennziffern L II/1 (Bundes- und Landessteuern) und L I/2 (Gemeindesteuern) veröffentlicht.

I Hinweise zur Statistik

A Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773)

B Tatbestände

Kassenmäßige Steuereinnahmen

1 des Bundes und der Länder

2 der Gemeinden und Gemeindeverbände/Gv. nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

C Periodizität

Zu B 1:

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Zu B 2:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

D Kreis der Befragten

Zu B 1:

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Zu B 2:

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

E Veröffentlichungen

Zu B 1:

Bundesanzeiger

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen

} monatlich

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst = wöchentlich

WiSta = monatlich

Fachserie L, Reihe 2 = vierteljährlich, jährlich

Zu B 2:

Statistisches Bundesamt

WiSta = } vierteljährlich, jährlich
Fachserie L, Reihe 2 }

F Methodische Erläuterungen

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen und Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert. Auf die einzelnen Begriffe wird im folgenden Abschnitt (F 2) eingegangen, auf das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung im Abschnitt F 3.

Die Abgrenzung der in der vorliegenden Fachserienreihe vierteljährlich nachgewiesenen Steuereinnahmen gegenüber den Ergebnissen in Fachserie L, Reihe 1 III "Vierteljahreszahlen zur Finanzwirtschaft" ergibt sich aus F 5.2.

2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt/Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt einmal von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum anderen von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung) und dgl. ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, relativ eng; wegen der monatlichen Voranmeldung siehe Abschnitt H, der über Zahlungsweise und -termine der finanziell bedeutsamsten Steuern informiert. Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten unter F 2.1 skizziert werden.

2.1 Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

2.1.1 Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer: 1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre¹⁾; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1974 für die Jahre 1974 bis 1976 - sog. Hauptveranlagung. Eine zwischen 2 Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nachveranlagung" findet nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung - unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 3 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

Wegen der Festsetzung des einheitlichen Steuerermessbetrags bei den Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, siehe Abschnitt II, Fußnote 19.

2.1.2 Vorauszahlungen

Sie belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der zuletzt veranlagten Steuerschuld²⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der durch Steuerabzug bereits einbehaltenen Beträge an Lohnsteuer bzw. Kapitalertragsteuer.

2.1.3 Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbesteuer: Erhebungszeitraum, Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Vorauszahlungsanpassung kann auch noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbesteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

Für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuerermessbetrag festsetzen.

1) Die Hauptveranlagung zum 1. Januar 1972 umfaßte nur einen Zeitraum von 2 Jahren. - 2) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuerschuld geleisteten "endgültigen" Vierteljahreszahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahreschuld zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.

2.1.4 Abschlußzahlungen

Auf die veranlagte Steuerschuld werden angerechnet

- die für den betreffenden Veranlagungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen;
- bei Einkommen- und Körperschaftsteuer ferner die durch Steuerabzug einbehaltenen Beträge, soweit sie auf die im Veranlagungszeitraum bezogenen Einkünfte entfallen.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) oder rückläufiger Gewinne sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 7 b EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte. (Wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs siehe Abschnitt H.)

2.2 Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

- Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen,
- richterliche Entscheidungen über Bestehen/Höhe der Steuerschuld³⁾,
- Stundung/Zahlungsaufschub.

2.3 Nachsteuer

Erhebung bei Steuertariferhöhungen der Verbrauchsteuern für bereits versteuerte Erzeug-

3) Durch Erhebung der Klage wird die Abgabenerhebung nicht automatisch aufgehalten. Die Vollziehung kann lediglich - beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen - ausgesetzt werden (§ 69 FGO. - Entsprechendes gilt beim Einlegen eines außergerichtlichen Rechtsbehelfs § 242 AO). Im Fall einer Rechtsentscheidung zugunsten des Steuerpflichtigen kommt es daher nicht selten zu Rückzahlungen seitens des Fiskus. Als finanziell besonders bedeutsam ist die Rückerstattung der Zweigstellensteuer durch die Gemeinden aufgrund von zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in den Jahren 1965 und 1967 zu erwähnen.

nisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zwecks Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

2.4 Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

- Arbeitnehmer - Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
- Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlin - Förderungsgesetz (BFG),
- Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
- Zulagen gemäß § 19 BFG.

3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

3.1 Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S.359) in Verbindung mit dem

- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969 i.d.F. des Vierten Änderungsgesetzes vom 21. Januar 1976 aaO.,
- Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 27. Dezember 1971, BGBl. I S. 2157 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer),
- Zerlegungsgesetz vom 25. Februar 1971, BGBl. I S. 145.

3.2 Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung)

dem Bund:

das Aufkommen der in Tabelle 1 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 9 bis 29 aufgeführten Steuern (Bundessteuern),

den Ländern:

das Aufkommen der in Tabelle 1 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 31 bis 42 aufgeführten Steuern (Landessteuern),

Bund und Ländern gemeinsam:

das Aufkommen der in Tabelle 1 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 2 bis 7 aufgeführten Steuern (Gemeinschaftsteuern),

den Gemeinden:

das Aufkommen der in Tabelle 2 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 1, 4 bis 6, 10 sowie 11⁴⁾ aufgeführten Realsteuern und örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (Gemeindesteuern). Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung)

den EG:

ab 1975: gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme geringer EGKS-Zölle) und Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen⁵⁾,

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne EG-Zollanteil)
43 % der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 % der Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,
68,25 % der Umsatzsteuern⁶⁾ (ohne EG-Umsatzsteueranteil),
50 % der Gewerbesteuerumlage,

den Ländern:

die Landessteuern,
43 % der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 % der Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,
31,75 % der Umsatzsteuern⁶⁾,
50 % der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,
die Gewerbesteuern (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),
14 % der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),
die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern.

4) D.s. insbesondere Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Gemeindegetränke-, Kino-, übrige Vergnügungs-, Hundesteuer. - 5) Die Zahlungen werden aus dem Umsatzsteueranteil des Bundes geleistet. Siehe auch G 8. - 6) 1975; in früheren Jahren betrug das Bund/Länderverhältnis 63 : 37 (1974), 65 : 35 (1973 und 1972), 70 : 30 (1971 und 1970).

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

- Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen.
- In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

3.3 Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung

Die Größen Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 14 % des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen (siehe auch H 21 und H 22).

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrhythmus wie für den Gemeindeanteil; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und (ab Berichtsjahr 1974) Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinbarten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 14 % der im gleichen Zeitraum aufgekomenen Lohn-/veranlagten Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteueraufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbe-

steuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und (ab 1974) von Rheinland-Pfalz (nur im gemeindlichen Bereich) gemeldet.

Eine weitere Differenz ergibt sich im Berichtsjahr durch die unterschiedliche Behandlung der den Gebietskörperschaften aus dem aufgelösten Stabilitätzuschlag zufließenden Einnahmen (siehe F 5.3).

4 Regionaler Verteilungsmodus

4.1 Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes aaO., das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem das Unternehmen seine Geschäftsleitung hat und ferner die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zugeht, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

4.2 Umsatzsteuern

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

4.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 14 % der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgekomenen Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer zu. Der Anteil der einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die veranlagte Einkommensteuer und die Lohnsteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge; wobei diese Steuerbeträge nur bis zu der Höhe zugrunde gelegt werden, die auf einen zu versteuernden Einkommensbetrag von 16 000 bzw. 32 000 DM bei Zusammen-

veranlagung entfällt (1970 und 1971 beliefen sich die Höchstbeträge auf 8 000/16 000 DM).

4.4 Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel
Istaufkommen der Gewerbesteuer E und K x 120
Hebesatz

für das Kalenderjahr ermittelt. Der Vervielfältigungsfaktor der Formel ist vom Gesetzgeber so gewählt, daß sich unter Zugrundelegung der Kassenzahlen 1965 für die Gesamtheit der Gemeinden eine Umlage ergibt, die 40 % des Aufkommens an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zuzüglich Lohnsummensteuer beträgt. Infolge steigender Hebesätze und zunehmender Bedeutung der Lohnsummensteuer erreicht der tatsächliche Umlagenanteil diesen Satz nicht und ist weiter im Sinken begriffen.

5 Verschiedenes

5.1 Bei der Steuerverteilung nun berücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder in Höhe von 1,5 % des Umsatzsteueraufkommens geleisteten Ergänzungszuweisungen (1975: 811 Mill.DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die Abführung von 25 % des Vermögensteueraufkommens der Länder an den Lastenausgleichsfonds sowie die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

5.2 Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien L 2 (Steuerhaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden) und L 1 III (Vierteljahreszahlen zur Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg beider Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden.

EG-Anteile: Die in Fachserie L 2 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in Fachserie L 1 III nicht enthalten.

Länderanteile Umsatzsteuern: Der Fachserie L 2 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (Soll-Aufteilung der Umsatzsteuer auf die Länder gemäß § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern), die sich

nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie L 1 III die kassenmäßigen Istergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gemäß Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

Gemeindesteuern: Die Gemeindesteuern der S t a d t s t a a t e n , die in Fachserie L 1 III dem Bereich "Staat" zugeordnet und nur in einer Summe ausgewiesen werden, sind in Fachserie L 2 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt.

Steueranteile: Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den S t a d t s t a a t e n erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie L 2 (siehe F 3.2).

Lastenausgleichsabgaben: In Fachserie L 2 nur nachrichtlich aufgeführt.

Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund (Einkommen- und Körperschaftsteuer) und aus der Einbeziehung steuerähnlicher Einnahmen der Länder in Fachserie L 1 III.

5.3 Nachweis des Stabilitätzuschlags und der Investitionsteuer

5.3.1 Erhebungsjahre 1973 und 1974

Stabilitätzuschlag: nachrichtlich,

Investitionssteuer: nur in die Steuereinnahmen v o r der Verteilung (Mehrwertsteuer) einbezogen.

5.3.2 Nach 1974 aufgekommene Restbeträge

In den entsprechenden Einzelsteuern (Einkommen- und Körperschaftsteuer, Mehrwertsteuer) mit enthalten.

5.3.3 Freigegebene Mittel

Der Steuerhaushalt wird von der Freigabe der stillgelegten Mittel nur z.T. berührt: Die aus dem S t a b i l i t ä t s z u s c h l a g resultierenden Beträge erscheinen im g e m e i n d l i c h e n Bereich (ohne Hamburg und Berlin (West)) als Bestandteil des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, aus der sie u.a. mit Rücksicht auf die Gemeindegrößenklassengliederung nicht eliminiert werden.

können⁷⁾). Im staatlichen Bereich werden sie als Entnahmen aus Rücklagen nachgewiesen.

G Änderungen des Steuerrechts und der Steuer- verteilung 1975

1 Einkommensteuer

1.1 Art. 1 Einkommensteuerreformgesetz (EStRG⁸⁾)

- Änderung des ESt-Tarifs zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen (Erhöhung des Grundfreibetrags, Ausdehnung der Proportionalzone auf das Doppelte bei gleichzeitig erhöhtem Proportionalsteuersatz, relativ hoher Eingangsteuersatz in der Progressionszone, Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes),
- Neuregelung des Abzugs von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben (Erhöhung der berücksichtigungsfähigen Höchstbeträge; bei Arbeitnehmern: Einarbeitung einer an der Höhe des Arbeitslohns orientierten gleitenden Vorsorgepauschale in die Lohnsteuertabelle),
- Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrags.
- Steuerliche Begünstigung von im Alter bezogenen Einkünften (Altersentlastungsbetrag für Einkünfte, die nicht Renten und Pensionen sind, neben dem bisher gewährten Altersfreibetrag; Erhöhung des Pensionsfreibetrags),
- Weitere Vergünstigungen (Einführung eines allgemeinen Sonderausgaben- und eines allgemeinen Vorsorgepauschbetrags, Einführung eines Sparer-Freibetrags, Erhöhung des Haushaltsfreibetrags für Alleinstehende u.a.,
- Weiterer Abbau von Vergünstigungen: Aufhebung des Vermögensteuerabzugs als Sonderausgabe; Ausschuß der steuerlichen Berücksichtigung von Kosten für Diätverpflegung.

1.2 Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung⁹⁾

1.3 Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des EStG und des InvZulG¹⁰⁾

- Erhöhte Absetzung der Kosten der Herstellung oder Anschaffung (sofern diese nach

7) Es handelt sich um 307,7 Mill.DM, die sich wie folgt auf die Bundesländer verteilen (in 1 000 DM): Schleswig-Holstein 10 393, Niedersachsen 28 825, Nordrhein-Westfalen 109 000, Hessen 32 600, Baden-Württemberg 58 600, Bayern 59 611, Saarland 3 508, Bremen 5 149. Rheinland-Pfalz hat den entsprechenden Betrag (15 327) bereits im 4. Vj. 1974 nachgewiesen. In Hamburg und Berlin (West) wurde der gesamte StabZ (Landes- und Gemeindeanteil) als Entnahme aus Rücklagen vereinnahmt. - 8) Vom 5. August 1974, BGBl. I S. 1769. - 9) Vom 19. Dezember 1974, BGBl. I S. 3610. - 10) Vom 21. Februar 1975, BGBl. I S. 525.

dem 31. 12. 1974 und vor dem 1. 1. 1981 erfolgt) von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die dem Umweltschutz dienen.

2 Reform des Familienlastenausgleichs (Art. 2 EStRG⁸⁾)

- Gewährung von allgemeinem Kindergeld anstelle von Kinderfreibeträgen bei der Einkommensteuer; (die Neuregelung bewirkt gegenüber dem alten Recht ein Steuermehraufkommen, das durch Tarifänderungen und andere Vergünstigungen allerdings überkompensiert wird).

3 Ergänzungsabgabe (Art. 5 EStRG⁸⁾)

- Wegfall der Ergänzungsabgabe (ausgenommen: Körperschaftsteuerpflichtige).

4 Vermögensteuer (Art. 6 EStRG⁸⁾)

- Heraufsetzung des (1974 durch das Vermögensteuerreformgesetz (VStRG)¹¹⁾ auf 0,7 % gesenkten) Steuersatzes auf 1 % für juristische Personen.

5 Gewerbesteuer (Art. 3 VStRG¹¹⁾)

- Anhebung des Freibetrags bei der Gewerbe-
tragsteuer von 7 200 auf 15 000 DM und Erweiterung der sich anschließenden fünf Gewerbe-
tragstufen mit ermäßigten Steuer-
maßen von je 2 400 auf 3 600 DM.

6 Investitionszulagen

- Art. 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung¹²⁾,
- Gesetz zur Änderung des Investitionszulagengesetzes¹³⁾,
- Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des EStG und des InvZulG¹⁰⁾,
- Gewährung einer Investitionszulage von 7,5 % für Investitionen, die der allgemeinen Konjunkturbelebungs¹⁴⁾ bzw. der Energieeinsparung dienen.

7 Stabilitätzuschlag und Investitionssteuer (Art. 7 und 8 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung¹²⁾)

- Freigabe der stillgelegten Mittel aus dem Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaft-

11) Vermögensteuerreformgesetz vom 17. April 1974, BGBl. I S. 949. - 12) Vom 23. Dezember 1974, BGBl. I S. 3676. - 13) Vom 30. Dezember 1974, BGBl. I S. 3726. - 14) Das Wirtschaftsgut muß nach dem 30. 11. 1974 und - i.d.R. - vor dem 1. 7. 1975 vom Steuerpflichtigen bestellt oder mit seiner Herstellung begonnen worden sein.

steuer (Stabilitätzuschlag) und aus der Steuer für den Selbstverbrauch (Investitionssteuer) siehe F 5.3

- Aufhebung der Stilllegungspflicht für künftig aufkommende (Rest-)Beträge siehe F 5.3.

8 Umsatzsteuerverteilung

- Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern¹⁵⁾

Aufgrund einer zwischen Bund und Ländern am 11. Juli 1975 getroffenen Vereinbarung wurde der neue Schlüssel für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens (68,25 : 31,75) bereits für das Berichtsjahr angewandt; er trat an die Stelle der aufgrund des Dritten Änderungsgesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern für 1975 vorgesehenen Aufteilung von 62 : 38.

- EG-Ratsbeschluß vom 21. April 1970

Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften wird ab 1. Januar 1975 vollständig aus eigenen Mitteln finanziert, die im Prinzip auch Mehrwertsteuereinnahmen umfassen. Im Berichtsjahr erhalten die EG die ihnen zustehenden Mittel (außer Agrarabschöpfung und Zöllen) von den Mitgliedstaaten aufgrund einer Übergangsregelung (Bruttosozialproduktsschlüssel); siehe auch Fußnote 5.

H Zahlungsweise und -termine bei den finanziell ergiebigsten Steuern¹⁶⁾

Stand Ende 1975

1 Lohnsteuer

Abführung der durch Steuerabzug (Lohnsteuerkarte) einbehaltenen Beträge bis zum 10. Tage nach Ablauf jedes Kalendermonats, falls die einbehaltene Lohnsteuer beim Arbeitgeber im vorangegangenen Kalenderjahr mehr als 2 400 DM betragen hat, andernfalls: Vierteljahreszahlungen oder ggf. Jahreszahlungen. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung daher mit Abstand von mindestens einem Monat.

Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt wird - erstattet. (Die aus dem Aufkommen geleisteten Er-

stattungen werden in der Regel zwischen Februar und Juli gezahlt). Wegen der Erstattung bei veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe F 2.1.4.

2 Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer

Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September, 10. Dezember. - Abschlußzahlungen nach Durchführung der Veranlagung; das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit durchschnittlich 1 bis 2jähriger Verzögerung. (Weitere Erläuterungen siehe unter F 2.1).

3 Kapitalertragsteuer

Die Steuer ist vom Schuldner der Kapitalerträge - in den Fällen der Kuponsteuerpflicht von den die Kapitalerträge auszahlenden Stellen (Kreditinstitute) - durch Steuerabzug in dem Zeitpunkt einzubehalten, in welchem die Kapitalerträge dem Gläubiger zufließen und innerhalb eines Monats an das Finanzamt abzuführen.

4 Umsatzsteuer

Der Unternehmer hat binnen 10 Tagen nach Ablauf jedes Kalendermonats eine Voranmeldung mit der Berechnung der Steuer abzugeben und gleichzeitig die Vorauszahlung zu entrichten. Ergibt sich durch Vorsteuerabzug oder Kürzungsansprüche ein Überschuß zugunsten des Unternehmers, so wird er in den folgenden Voranmeldungszeitraum vorgetragen (evtl. erstattet). Beträgt die Steuerschuld für das vorangegangene Kalenderjahr weniger als 2 400 DM, so ist das Kalendervierteljahr Voranmeldungszeitraum. Nach Ablauf des Kalenderjahres hat der Unternehmer eine Steuererklärung abzugeben und ggf. binnen 10 Tagen den Unterschiedsbetrag zwischen Vorauszahlungen und der für den Veranlagungszeitraum berechneten Steuer zu entrichten. Die Finanzämter können die Fristen für die Abgabe der Voranmeldung/Entrichtung der Vorauszahlung beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen und unter bestimmten Bedingungen um einen Monat verlängern. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung somit i.d.R. um 1 bis 2 Monate.

5 Einfuhrumsatzsteuer

Für die Einfuhrumsatzsteuer gelten mit geringen Ausnahmen die Vorschriften für Zölle oder - soweit die Einfuhrumsatzsteuer für die Einfuhr abschöpfungspflichtiger Gegenstände

¹⁵⁾ Vom 21. Januar 1976, BGBl. I S. 173. -

¹⁶⁾ Diese Übersicht über die ergiebigsten Steuern (deren Aufkommen - 1975 - jeweils bei 500 Mill. DM und mehr lag) läßt Sonderregelungen weitgehend außer Betracht und beschränkt sich auf "Standardangaben".

erhoben wird - die Vorschriften des Abschöpfungserhebungsgesetzes sinngemäß. Das Aufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.

6 Versicherungsteuer

Durch den Versicherer sind zum 15. eines jeden Monats Abschlagszahlungen auf die im Abrechnungszeitraum (Kalenderjahr) zu entrichtende Steuer zu leisten, die dem Prämien - Istbetrag bzw. dem Prämien - Sollbetrag entsprechen. Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämien - Einnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.

7 Zölle

Die Zollschuld entsteht und wird fällig mit der Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben. Das Zollaufkommen folgt der Einfuhr somit um durchschnittlich einen Monat.

8 Tabaksteuer

Die Steuer ist vom Hersteller durch Verwenden von Steuerzeichen (Banderolen) vor der Entfernung der Tabakerzeugnisse aus dem Herstellungsbetrieb¹⁷⁾ zu entrichten. Sie wird fällig:

8.1 bei Zigaretten und Rauchtabak: für die bis zum 15. Tage eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 12. Tage des nächsten Monats (für die vom 1. bis 15. Dezember bezogenen Zigarettensteuerzeichen jedoch am 27. Dezember), für die nach dem 15. Tage eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 27. Tage des nächsten Monats;

8.2 bei Zigarren - bei einem Steuerzeichenbezug analog zu 8.1 - am 10. bzw. 25. Tage des übernächsten Monats.

9 Kaffeesteuer

Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß. Auf Antrag wird die Steuer für nicht gerösteten Kaffee bis zum 15. des zweiten auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Kalendermonats hinausgeschoben. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhr mit durchschnittlich zweimonatiger Verzögerung.

¹⁷⁾ Der Entfernung aus dem (Herstellungs-)Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebs dient.

10 Branntweinmonopol

Zum Aufkommen gehören Branntweinsteuer (für den von der Monopolverwaltung übernommenen Branntwein), Branntweinaufschlag (für den nicht übernommenen Branntwein), Monopolausgleich (für eingeführten Branntwein) und Reingewinn der Monopolverwaltung.

Die Branntwein s t e u e r wird vom Bezieher des Branntweins im Kaufgeld entrichtet¹⁸⁾. Der Branntwein a u f s c h l a g ist für den unter Abfindung hergestellten Branntwein (Abfindungsbrennereien) binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, zu entrichten, sonst (Verschlußbrennereien) binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner¹⁸⁾. - Für die Entstehung der M o n o p o l a u s g l e i c h s s c h u l d gelten die Vorschriften des Zollgesetzes sinngemäß.

Zahlungsaufschub: Beim Branntweinaufschlag auf Antrag und gegen Sicherheitsleistungen bis zum 15. des dritten auf die Fälligkeit folgenden Monats; desgleichen bei den Branntweinabgaben, die beim Übergang in den freien Verkehr fällig werden. Auf den jährlich abzuführenden Reingewinn werden unregelmäßige Vorauszahlungen geleistet.

11 Mineralölsteuer

Die Steuerschuld entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb¹⁷⁾. Die in einem Monat entstandene Steuerschuld ist

11.1 entweder je zur Hälfte bis spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats zu zahlen oder

11.2 spätestens am 10. des zweiten Monats.

Zahlungen für die im November unbedingt entstandene Steuerschuld sind spätestens am 27. Dezember zu entrichten. - Zahlungsaufschub ist nicht zulässig.

12 Ergänzungsabgabe

Die Steuerentrichtung erfolgt zu den gleichen Terminen, die für die Körperschaftsteuer maßgebend sind.

13 Vermögensteuer

Vorauszahlungen am 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November; eine Jahressteuer bis zu 500 DM in einem Betrag am 10. November.

¹⁸⁾ Unter bestimmten, in § 91 BrtWMonG näher definierten Voraussetzungen kann der Branntwein mit den Angaben auch belastet bleiben, bis er in den freien Verkehr tritt.

- Nachzahlungen nach Durchführung der Veranlagung. Wegen der normalerweise nur alle drei Jahre durchgeführten Hauptveranlagung tritt der "Nachzahlungseffekt" kassenmäßig nur in dreijährlichem Turnus in Erscheinung. (Weitere Erläuterungen siehe unter F 2.1).

14 Grunderwerbsteuer

Die Steuer wird binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig; das Finanzamt darf eine längere Zahlungsfrist setzen, normalerweise folgt das Aufkommen den steuerpflichtigen Vorgängen ohne längere Verzögerung. Der Zuschlag zur GrEST wird i.d.R. vom Finanzamt zusammen mit der GrEST festgesetzt.

15 Kraftfahrzeugsteuer

Das Finanzamt setzt die Steuer fest. Sie ist jeweils für die Dauer eines Jahres (ggf. mit entsprechenden Zuschlägen auch für kürzere Zeiträume) im voraus zu entrichten.

16 Rennwett- und Lotteriesteuern

Das Aufkommen folgt der Wett- und Lotteriebeteiligung bei im einzelnen unterschiedlichen Bestimmungen über die Steuerentrichtung - mit meist einmonatiger Verzögerung.

17 Biersteuer

Die Steuer ist bis zum 20. des Monats zu entrichten, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb¹⁷⁾) folgt. Ein Zahlungsaufschub ist unzulässig. Das Aufkommen folgt somit dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.

18 Grundsteuer¹⁹⁾

Die Grundsteuer wird für das Kalenderjahr festgesetzt. Fälligkeit zu je einem Viertel des Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August, 15. November; Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.

19 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital¹⁹⁾

Vorauszahlungen am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. - Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Steuer durch die Gemeinde. - Die Steuer folgt dem Wirtschaftsverlauf durchschnittlich mit ein- bis zweijähriger Verzögerung.

(Weitere Ausführungen siehe unter F 2.1).

20 Lohnsummensteuer

Die Steuer ist bei Monatszahlung (Regelfall) spätestens am 15. des auf die Lohnzahlung folgenden Monats zu entrichten, bei vierteljährlicher Zahlung spätestens am 15. Tage nach Ablauf des Vierteljahres. Sie folgt der Lohnzahlung somit in der Regel mit Abstand von einem Monat.

21 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)

Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Abschlagszahlungen für das 1. bis 3. Vierteljahr: bis zum 1. Mai, 1. August, 1. November unter Zugrundelegung des Einkommen-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sogenannte Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr²⁰⁾.

22 Gewerbesteuerumlage

Das für den "Gemeindeanteil" (Ziff. 21) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrunde gelegt. Besonderheit: Die Dezember-Vorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten²⁰⁾.

19) Das veranlagende Finanzamt stellt bei den Grundsteuern die Steuermeßbeträge, bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital den sog. einheitlichen Steuermeßbetrag fest. Durch Anwendung der durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesätze auf die Meßbeträge wird die Steuer ermittelt und von den Gemeinden erhoben.

20) Wegen des z.T. abweichenden statistischen Nachweises siehe unter F 3.3. - Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.

II Ergebnisse

1 Gesamtüberblick

Das kassenmäßige Steueraufkommen (Steuereinnahmen v o r der Verteilung) bei Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden belief sich im Berichtsjahr auf 240,8 Mrd. DM; hinzu kamen 1,2 Mrd. DM Abgaben an den Lastenausgleichsfonds, die im folgenden jedoch außerhalb der Betrachtung bleiben, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt ist.

Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresergebnis, das die aufgrund des Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung vorübergehend erhobene Investitionssteuer in Höhe von 741 Mill. DM enthält, haben sich die Steuereinnahmen 1975 nur um 1,8 Mrd. DM oder 0,7 % erhöht; unter Ausschaltung der erwähnten vergleichsstörenden Einnahmen im Jahre 1974 betrug der Zuwachs 2,5 Mrd. DM oder 1,0 %. Damit lag die Zunahme erheblich unter der des Jahres 1974 (+ 6,6 %)¹⁾, das bereits im Zeichen einer starken Abschwächung der Zuwachsrates gegenüber der Entwicklung in den Jahren 1970 bis 1973 stand.

Die Ergiebigkeit der Steuerquellen zeigt auch 1975 wieder das gewohnte Bild: 88 % des gesamten Aufkommens resultierten aus den acht ertragreichsten Einzelsteuern mit folgenden Beträgen:

	Mrd. DM	Anteil am Gesamt- aufkommen %
Lohnsteuer	71,2	29,6
Umsatz-(Mehrwert-)Steuer	35,7	14,8
Veranlagte Einkommensteuer (einschl. Kapitalertrag- steuer)	30,2	12,5
Gewerbesteuer (einschl. Lohnsummen- steuer)	20,9	8,6
Einfuhrumsatzsteuer	18,4	7,6
Mineralölsteuer	17,1	7,1
Körperschaftsteuer	10,1	4,2
Tabaksteuer	8,9	3,7
Zusammen	212,5	88,1

1) Jeweils ohne Investitionssteuer.

In der nachstehenden Darstellung werden die verschiedenen Einzelsteuern unter wirtschaftlichen und steuersystematischen Gesichtspunkten zu fünf Hauptgruppen zusammengefaßt, deren zum Teil divergierende Entwicklung im einzelnen dem Abschnitt 2 "Die einzelnen Steuerarten" zu entnehmen ist. Die überwiegend e i n k o m m e n s - (g e w i n n -) oder e r t r a g s a b h ä n g i g e n Steuern (Einkommen- und Körperschaftsteuer, Ergänzungsabgabe, Gewerbesteuern) verzeichneten mit 133 Mrd. DM zwar nach wie vor das größte Volumen, wiesen jedoch nach kräftigen Zuwachsraten in den letzten Jahren (1974 noch + 10,3 %) 1975 einen leichten Rückgang in Höhe von - 1,8 % auf; ohne Ansatz der 1975 von natürlichen Personen nicht mehr erhobenen Ergänzungsabgabe reduziert er sich auf - 0,7 %. Dagegen erhöhte sich das Aufkommen aus den u m s a t z b e z o g e n e n V e r k e h r s t e u e r n (Mehrwert-, Einfuhrumsatz-, Kapitalverkehr-, Versicherung-, Wechsel-, Grundbesitzwechsel-, Rennwett- und Lotteriesteuer) um + 4,5 % auf 58,4 Mrd. DM (1974: + 3,7 %), was vor allem auf die Zunahme der Mehrwertsteuer zurückzuführen ist. Bei Bereinigung des Basiswertes um die den Vergleich beeinträchtigende Investitionssteuer errechnet sich 1975 sogar eine Steigerung von 6,0 %. Z ö l l e - und V e r b r a u c h s t e u e r n (einschl. Biersteuer) stiegen im Berichtsjahr um 2,4 % auf 35,6 Mrd. DM, nachdem 1974 eine insbesondere aus dem Rückgang des Mineralölsteueraufkommens resultierende Einnahmeminderung von 0,6 % zu verzeichnen gewesen war. Die v e r m ö g e n s b e z o g e n e n S t e u e r n (Vermögenssteuer, Grundsteuern) in Höhe von 7,5 Mrd. DM haben 1975 mit 7,7 % ungefähr ebenso stark zugenommen wie vor Jahresfrist. A l l e ü b r i g e n S t e u e r n erbrachten zusammen 6,3 Mrd. DM (+ 4,2 %).

Bezogen auf das im Jahr 1975 nominal um 4,5 % gewachsene Bruttosozialprodukt machte das stagnierende Steueraufkommen 23,1 % gegenüber noch 24,0 % im Vorjahr aus. Unter Einbeziehung der Lastenausgleichsabgaben belief sich die volkswirtschaftliche Steuerquote auf 23,3 % (1974: 24,1 %). Bei der

alten Kindergeldregelung (siehe nächster Abschnitt) wäre die Quote 1975 noch niedriger gewesen.

Tabelle 1: Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote

Jahr ¹⁾	Brutto-sozial-produkt	Steueraufkommen insgesamt			
		ohne Lastenausgleichsabgaben		mit Lastenausgleichsabgaben	
		Mrd. DM	in % des Brutto-sozial-produkts	Mrd. DM	in % des Brutto-sozial-produkts
1972 ..	833,9	195,6	23,5	197,0	23,6
1973 ..	926,9	223,8	24,2	225,1	24,3
1974 ..	995,7	239,1	24,0	240,4	24,1
1975 ..	1 040,4	240,8	23,1	242,1	23,3

1) Ab 1973 vorläufiges Ergebnis.

2 Die einzelnen Steuerarten

Mit 71,2 Mrd. DM war die Lohnsteuer wieder mit Abstand die ergiebigste Einzelsteuer, obgleich ihr Aufkommen - nach einem seit 1959 ununterbrochenen jährlichen Anstieg, der sich 1974 noch auf 17,5 % gegenüber 1973 belaufen hatte - im Berichtsjahr um 770 Mill. DM oder 1,1 % gesunken ist. Zu dieser rückläufigen Entwicklung haben besonders zwei Faktoren beigetragen: die kritische Lage am Arbeitsmarkt (Zunahme der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahl, Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte) und die zum 1. Januar 1975 in Kraft getretene Einkommensteuerreform (Entlastung für einen Großteil der Lohnsteuerpflichtigen). Ebenso wie in den Vorjahren erscheint das Lohnsteueraufkommen insofern noch überhöht, als Erstattungen, die im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung nach § 46 EStG an Lohnsteuerpflichtige zu leisten sind, nicht den Lohnsteuernachweis berühren, sondern das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer mindern. Im Berichtsjahr bezifferten sich diese Rückzahlungen, um welche die Lohnsteuer eigentlich gekürzt und die veranlagte Einkommensteuer erhöht werden müßte, auf 4,57 Mrd. DM (1974: 4,14 Mrd. DM). Dagegen sind die Kürzungen des Lohnsteueraufkommens durch die im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs geleisteten Erstattungen in Höhe von 6,9 Mrd. DM (1974: 6,6 Mrd. DM) im vorliegen-

den Ergebnis bereits berücksichtigt. Dasselbe gilt für die von den Finanzämtern aus den Lohnsteuereinnahmen an Arbeitnehmer gezahlten Zulagen von insgesamt 4,7 Mrd. DM²⁾ (im Vorjahr 4,6 Mrd. DM), bei denen es sich vor allem um

- Arbeitnehmersparzulagen nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz (2,9 Mrd. DM) und
- Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (1,64 Mrd. DM)

handelt.

An veranlagter Einkommensteuer kamen im Berichtsjahr 28,0 Mrd. DM auf; das entspricht einem Zuwachs von 1,2 Mrd. DM (4,5 %), der ausschließlich der günstigen Einnahmeentwicklung in der zweiten Jahreshälfte - besonders während des letzten Quartals mit + 0,9 Mrd. DM oder 12,1 % - zuzuschreiben ist. Wie das Bundesministerium der Finanzen hierzu ausführt, beruhen die erheblichen Mehreinnahmen gegen Jahresende auf unerwartet frühen und hohen Abschlußzahlungen für Veranlagungszeiträume früherer Jahre sowie auf zeitnahen Vorauszahlungsanpassungen, zu denen es wegen gestiegener Einkommen gekommen ist.

Führt man die Einnahmen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer, bei denen es sich im Grunde nur um verschiedene Besteuerungsformen des Einkommens handelt, zusammen und neutralisiert damit die verfahrenstechnisch bedingten Aufkommensunterschiede, so errechnet sich ein Aufkommen, das mit 99,2 Mrd. DM (+ 0,4 %) das vorjährige geringfügig überschreitet. Bei dieser Gegenüberstellung bleibt allerdings unberücksichtigt, daß beim Weitergelten der alten Kindergeldregelung (Abzug der Kinderfreibeträge von der Bemessungsgrundlage) 1975 erhebliche Mindereinnahmen an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer eingetreten wären; der Familienlastenausgleich nach neuem Recht belastet zwar den Fiskus erheblich, berührt indessen den Steuerhaushalt nicht. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang ferner der Wegfall der Ergänzungsabgabe für natürliche Personen (von denen sie beim Überschreiten bestimmter Einkommensgrenzen bisher zu entrichten war)

2) Nach ersten Angaben des Bundesministeriums der Finanzen.

und die stärkere Belastung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in der oberen Progressionszone nach dem neuen Einkommensteuertarif. Die durch das EStRG ab 1. Januar 1975 eingeführte Beschränkung der Ergänzungsabgabe auf Körperschaftsteuerpflichtige hatte eine außerordentlich starke Reduzierung dieser Steuer zur Folge; ihr Aufkommen verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mrd. DM oder 68 % auf knapp 700 Mill. DM.

Die Körperschaftsteuer, die nur Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit zum Gegenstand hat und daher von den Folgen der weltweiten Rezession viel stärker betroffen war als die Einkommensteuer, verzeichnete bei uneinheitlichem Jahresverlauf (siehe Tabelle 2) auch 1975 mit einem Aufkommen von 10,1 Mrd. DM wieder einen leichten Rückgang; er belief sich auf 350 Mill. DM oder - 3,4 % gegenüber - 4,4 % im Vorjahr. Zu dieser Entwicklung haben außer konjunkturellen Einflüssen auch

Tabelle 2: Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1975

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	+ 0,5	- 7,4	- 2,2	- 0,8
Veranlagte Einkommensteuer ...	- 0,8	- 1,7	+ 7,1	+ 12,1
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	- 36,9	- 4,6	+ 1,0	- 17,9
Körperschaftsteuer	+ 1,0	- 1,5	- 12,2	- 0,3
Umsatzsteuer	- 1,2	+ 2,2	+ 12,4	+ 13,4
Einfuhrumsatzsteuer	+ 8,2	- 3,5	- 5,5	+ 2,7
Gesellschaftsteuer	- 20,7	+ 31,6	+ 10,5	+ 43,1
Börsenumsatzsteuer	+ 78,6	+ 105,8	+ 116,4	+ 79,3
Versicherungsteuer	- 1,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 8,3
Wechselsteuer ...	+ 22,5	+ 2,0	- 6,4	+ 11,4
Zölle	- 3,7	- 2,6	- 6,8	+ 3,3
Tabaksteuer	- 1,3	- 5,1	- 4,6	+ 6,3
Kaffeesteuer	+ 3,6	+ 13,9	+ 3,5	+ 4,9
Branntweinmonopol	- 23,2	+ 6,5	+ 3,0	+ 5,5
Mineralölsteuer .	+ 8,9	+ 9,3	+ 5,8	+ 4,3
Ergänzungsabgabe	- 38,8	- 86,2	- 73,7	- 70,1
Vermögensteuer ..	+ 0,8	- 1,6	- 5,6	- 1,7
Erbschaftsteuer .	+ 5,8	+ 27,6	- 9,3	+ 28,6
Kraftfahrzeugsteuer	- 1,1	+ 7,6	+ 0,3	+ 4,3
Grunderwerbsteuer einschl. Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	- 0,4	- 3,5	+ 12,4	+ 26,6
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	- 0,4	- 2,4	- 5,8	- 9,3
Lohnsummensteuer	+ 7,7	+ 9,5	+ 7,2	+ 4,9
Grundsteuer B ...	+ 14,4	+ 23,4	+ 18,1	+ 24,7

durch Gesetzesänderungen (z.B. Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung)³⁾ ausgelöste Steuerausfälle in Form von Vorauszahlungsanpassungen nach unten beigetragen.

Im Nachweis der kassenmäßigen Steuereinnahmen sind die Zahlungen nach dem Investitionszulagengesetz sowie nach § 19 Berlinförderungsgesetz bereits abgesetzt; sie schmälerten 1975 das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer um 412 Mill. DM, das aus der Körperschaftsteuer um 788 Mill. DM⁴⁾ (vorläufiges Ergebnis); 1974 waren es 433 bzw. 827 Mill. DM.

Nach der außerordentlich kräftigen Zunahme von 27 % im Vorjahr hat sich die Kapitalertragsteuer (einschl. der sonstigen nicht veranlagten Steuern vom Ertrag) im Berichtszeitraum um 328 Mill. DM (- 12,8 %) auf 2,2 Mrd. DM vermindert, wobei von seiten des Bundesamtes für Finanzen Erstattungsrückstände im Rahmen der Doppelbesteuerungsabkommen 1975 weiterhin zügig abgebaut worden sind.

Das Aufkommen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital hat sich nach der bereits 1974 verlangsamten Zunahme (+ 5,6 %) 1975 um - 4,7 % auf 17,9 Mrd. DM vermindert; im vierteljährlichen Verlauf entwickelten sich die Veränderungsraten kontinuierlich von - 0,4 % im ersten auf - 9,3 % im letzten Quartal. Das Einnahmeminus in Höhe von 876 Mill. DM wurde vor allem durch die zum 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Tarifänderungen für Einzelgewerbetreibende und Personengesellschaften ausgelöst. Noch vor Beginn der Veranlagungsarbeiten für die Gewerbesteuer 1975 vorgenommene Vorauszahlungsherabsetzungen oder -befreiungen haben bewirkt, daß die Steuerpflichtigen bereits im Berichtsjahr in den Genuß der steuerlichen Entlastung kamen. Gegenüber diesen Auswirkungen des GewStÄndG (Art. 3 VStRG, a.a.O.), die im Rechnungsjahr 1975 laut amtlicher Schätzung in der Größenordnung von - 0,9 Mrd. DM⁵⁾ lagen, spielte der konjunkturell bedingte Aufkommensrückgang (Vorauszahlungsanpassungen nach unten) eine vergleichsweise unbedeutende Rolle. Trotz der reduzierten Beschäftigtenzahl machte das Lohn-

3) Vom 19. Dezember 1974, BGBl. I, S. 3610. -

4) In diesen Zahlen sind Zulagen zur Konjunkturbelebung (§ 4 b InvZG) und für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung (§ 4 a InvZG) in Höhe von 101 bzw. 10 Mill. DM bereits enthalten. - 5) Bundestagsdrucksache 7/4517 vom 22. Dezember 1975.

summensteueraufkommen 1975 nochmals einen Sprung um + 7,3 % auf 3,0 Mrd. DM. Inwieweit diese Zunahme durch Hebesatzerhöhungen oder durch Neueinführung der Lohnsummensteuer erreicht werden konnte, läßt sich aus den derzeit verfügbaren Unterlagen nicht erkennen. Bemerkenswert sind die im 2. Halbjahr 1975 relativ geringen Zuwachsraten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die aufgrund des UStG (1967) erhobene Mehrwert- und Einfuhrumsatzsteuer belief sich im Berichtsjahr auf 54,1 Mrd. DM, was einem Zuwachs von 2,2 Mrd. DM oder 4,2 % entspricht. Beide Umsatzsteuer-Komponenten entwickelten sich wieder recht unterschiedlich. Die Einfuhrumsatzsteuer, die 1974 um fast 26 % gestiegen war, verharrte 1975 mit einem Aufkommen von 18,4 Mrd. DM (+ 0,2 %) etwa auf dem Vorjahresstand, dagegen ist die Mehrwertsteuer, die vor Jahresfrist noch eine Einbuße von 4,7 % zu verzeichnen hatte (ohne Berücksichtigung von im Jahre 1974 vereinnahmten 741 Mill. DM Investitionsteuer waren es sogar - 5,9 %), auf 35,7 Mrd. DM (+ 6,3 %), gestiegen. Das Mehrwertsteuerplus resultierte aus dem Rückgang des Exportgeschäfts (die Ausfuhrlieferungen selbst sind umsatzsteuerfrei und berechtigen zum Vorsteuerabzug durch die Exporteure) bei gleichzeitig stärkerer Hinwendung zum Binnenmarkt mit erhöhter Umsatz-tätigkeit. Hinzu kam, daß der Abbau der Lagerhaltung (negative Vorratsveränderung) im Rezessionsjahr 1975 eine Mehrwertsteuer erhöhende Wirkung hatte, worauf vom Bundesministerium der Finanzen besonders hingewiesen worden ist. Schließlich gingen vom Import - die Einfuhrumsatzsteuer kann auf den folgenden Umsatzstufen als Vorsteuer abgezogen werden und schmälert damit die Zahllast an Mehrwertsteuer - im Gegensatz zum Vorjahr keine zusätzlichen das Aufkommen negativ beeinflussenden Impulse aus. Bemerkenswert ist die im Laufe des Berichtsjahres zu beobachtende kontinuierliche Verbesserung der Mehrwertsteuerentwicklung; in der zweiten Jahreshälfte erreichten die Mehreinnahmen rd. 13 %.

Die dem Bund zustehenden umsatzbezogenen Verkehrsteuern wiesen durchweg positive Zuwachsraten unterschiedlicher Höhe auf; bei der im Vorjahr stark rückläufigen Gesellschaftsteuer und Börsenumsatzsteuer waren sie 1975 mit + 12 % bzw. + 94 % besonders ausgeprägt.

Die zusammengefaßten Einnahmen von Ländern und Gemeinden aus den in der Regel am Wert

der Gegenleistung orientierten Steuern vom Grundbesitzwechsel sind nach dem vorjährigen Rückgang 1975 wieder kräftig auf 1,5 Mrd. DM gestiegen und lagen sogar noch etwas über dem 1973 erzielten Höchststand. Unter Berücksichtigung des berichtigten Vorjahresergebnisses (1 347 Mill. DM) erreichte die Steigerungsquote im Berichtsjahr 11,7 %; die einzelnen Vierteljahre verzeichneten dabei sehr unterschiedliche Veränderungsraten, die nur im 2. Halbjahr 1975 positiv waren.

Wie im Vorjahr hat die unsichere Wirtschaftslage die Wett- und Spielfreudigkeit nicht gedämpft, sondern im Gegenteil offensichtlich kräftig angeregt. An Rennwett- und Lotteriesteuern kamen im Berichtsjahr 839 Mill. DM auf, d.s. 118 Mill. DM oder 16,3 % mehr als im Vorjahr; der absolute Zuwachs war damit fast doppelt so hoch wie vor Jahresfrist. Zu dieser Entwicklung hat insbesondere das Lotto-geschäft beigetragen; auf die Lotteriesteuer entfielen 84 % der Einnahmen und 89 % des Mehraufkommens.

Zu der bereits erwähnten Einnahmesteigerung bei Zöllen und Verbrauchsteuern einschl. Biersteuer auf 35,6 Mrd. DM (+ 826 Mill. DM oder 2,4 %) trug vor allem das um 1,1 Mrd. DM auf 17,1 Mrd. DM gestiegene Mineralölsteueraufkommen bei, von dem 722 Mill. DM auf Heizölsteuer entfielen. Nach Mitteilung des Bundesministeriums der Finanzen war sowohl der relativ beachtliche Rückgang der Heizölsteuer (- 87 Mill. DM oder 10,7 %) als auch der Anstieg der auf Treibstoffe erhobenen Steuer (+ 1,2 Mrd. DM oder 7,6 %) überwiegend verbrauchsbedingt. Die Mineralölsteuer auf Treibstoffe, deren Aufkommen 1974 teilweise noch von den Auswirkungen der Erdölkrise beeinflusst war, verzeichnete im 1. Halbjahr 1975 einen kräftigen Aufkommenszuwachs von 10 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum; er reduzierte sich im 2. Halbjahr auf durchschnittlich + 6 %. Die Kaffeesteuer und die Biersteuer lagen 1975 mit je 1,3 Mrd. DM in der gleichen Größenordnung; sie erzielten gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen von 76 bzw. 12 Mill. DM. Die Minderung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol um 166 Mill. DM auf 3,1 Mrd. DM konzentrierte sich auf das 1. Vj. 1975. Sie ist ausschließlich steuertechnisch bedingt und erklärt sich aus einem überhöhten Aufkommen im 1. Vj. 1974, das infolge der mit einer Zahlungsfristverkürzung zusammenhängenden Übergangsregelung vier statt der üblichen

drei Zahlungstermine umfaßte⁶⁾. Für die restlichen drei Vierteljahre 1975 ergaben sich gegenüber dem jeweils vergleichbaren Vorjahreszeitraum durchweg Mehreinnahmen von zusammen rd. 100 Mill. DM. Der relativ leichte Rückgang der Zollerträge, die mit 3,3 Mrd. DM um 80 Mill. DM (- 2,4 %) unter dem Ergebnis von 1974 lagen, ist eine Folge der dritten Stufe der Zollsenkungen gegenüber den drei neuen EG-Ländern und den Rest-Efta-Ländern zum 1. Januar 1975. Verbrauchsbedingt war dagegen der Rückgang der zweitgrößten Verbrauchssteuer, der Tabaksteuer; er hielt sich jedoch mit einer Abnahme um 67 Mill. DM (0,7 %) auf 8,9 Mrd. DM in engen Grenzen. Bereits im 4. Vj. 1975 verzeichnete die Tabaksteuer mit + 6,3 % wieder einen relativ beachtlichen Zuwachs, der über der vergleichbaren Zunahme im 4. Quartal der beiden Vorjahre lag.

Die Kraftfahrzeugsteuer behauptete mit einem Aufkommen von 5,3 Mrd. DM 1975 weiterhin ihre Stellung als größte Landessteuer. Ihr Zuwachs von 144 Mill. DM oder 2,8 % gegenüber dem Vorjahr hat sich allerdings weiter abgeschwächt (1974: + 3,4 %; 1973: + 5,7 %), obwohl der Bestand zugelassener Kraftfahrzeuge, dessen Umfang vor allem durch die Zahl der Personenkraftwagen bestimmt wird, zwischen dem 1. Januar 1975 und dem 1. Januar 1976 stärker zugenommen hat als im Jahr zuvor.

Die Erbschaftsteuer ist nach zwei Jahren mit relativ niedrigem Aufkommen 1975 kräftig, und zwar um 60 Mill. DM oder 12,7 % auf 530 Mill. DM gestiegen. Diese Steigerung ist insofern bemerkenswert, als das Bundesverfassungsgericht im Berichtsjahr noch nicht über das bei ihm anhängige Verfahren wegen der Verfassungsmäßigkeit der Bewertungsvorschrift des § 23 Abs. 1 ErbStG (1959) entschieden hatte, was in den fraglichen Fällen zu einer Aussetzung, der Vollziehung geführt hat⁷⁾.

Zum Rückgang des Vermögensteueraufkommens 1975 um 2,1 % auf 3,3 Mrd. DM trug vor allem die Tatsache bei, daß einerseits Nachzahlungen aus der Vermögensteuerhauptveranlagung 1972, die im Jahr 1974 noch eine Rolle gespielt hatten, 1975 nicht mehr zu Buche schlugen, während andererseits keine spürbaren Auswirkungen der Hauptveranlagung zum 1. 1. 1974 zu verzeichnen waren.

6) Einzelheiten siehe Fachserie L, Reihe 2, Jahresbericht 1974. - 7) Siehe auch Fachserie L, Reihe 2, Jahresbericht 1973.

Außerdem ist es möglich, daß von der Vermögensteuerreform Begünstigte ihre Anträge auf Vorauszahlungsherabsetzung oder -freistellung erst nach dem 31. Dezember 1974 gestellt haben (etwa im Zusammenhang mit der Abgabe der zum 31. Mai 1975 fälligen Vermögensteuererklärung) und daß diese 1975 Rückzahlungen erhielten.

Die Auswirkungen des Grundsteuerreformgesetzes auf das Aufkommen der Grundsteuer B waren 1975 noch ausgeprägter als im Jahr 1974, in dem sie erst in der zweiten Jahreshälfte eintraten und dort zu Mehreinnahmen von knapp 18 % führten. Im Berichtsjahr belief sich das Aufkommen aus der Steuer von Grundstücken auf 3,7 Mrd. DM, d.s. 635 Mill. DM oder 20 % mehr als 1974, wobei die letzten drei Vierteljahre trotz der gerade im 2. Halbjahr 1974 recht hohen Vergleichswerte eine besonders kräftige Einnahmesteigerung (zwischen 166 und 194 Mill. DM) verzeichneten. Vor der Novellierung des Grundsteuergesetzes auf der Grundlage der Einheitswerte 1964 war mit Mehreinnahmen an Grundsteuer B in Höhe von 25 % gegenüber dem alten Recht gerechnet worden. Ob sich diese Erwartungen erfüllen, läßt sich anhand der Kassenzahlen nicht ohne weiteres erkennen, da aus ihnen nicht hervorgeht, inwieweit die gemeindlichen Steuerämter die Umstellung auf das neue Steuerrecht bereits vollzogen haben und in welchem Umfang Mehreinnahmen an Grundsteuer B aus dem Neuzugang von steuerpflichtigen Objekten resultieren. Das Aufkommen an Grundsteuer A ist gegenüber 1974 um 5,5 auf 405 Mill. DM zurückgegangen.

Die sonstigen gemeindlichen Steuereinnahmen einschl. steuerähnliche Einnahmen (438 Mill. DM) überstiegen die wieder voll vergleichbaren Vorjahresbeträge um rd. 6 %.

3 Steuereinnahmen nach Art der Gebietskörperschaften

Im Jahr 1975 wurden insgesamt 241,1 Mrd. DM an Steuereinnahmen⁸⁾ auf Bund, Länder, Gemeinden und Europäische Gemeinschaften verteilt.

Zur Deckung des Gesamthaushalts der Europäischen Gemeinschaften

8) Die relativ geringfügige Differenz gegenüber den Steuern vor der Steuerverteilung (+ 270 Mill. DM) erklärt sich einmal aus zeitlichen Überschneidungen im Nachweis der Überweisungssteuern, zum anderen aus der Einbeziehung des aufgelösten Stabilitätzuschlags in die Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer; siehe auch G 5.3.3.

(EG) in der Größenordnung von 22 Mrd. DM (Soll) trugen die von deutscher Seite abgeführten Steuern/Zölle 5,9 Mrd. DM bei; das entspricht einem Anteil von 2,5 % am gesamten Steueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Die kräftige Zunahme der EG-Anteil gegenüber dem Vorjahr (+ 3,2 Mrd. DM oder 114,9 %) ist vor allem auf die erstmals überwiesenen Beträge aus den Umsatzsteuereinnahmen des Bundes (2,8 Mrd. DM) zurückzuführen. Trotz des rückläufigen Zollaufkommens hat sich auch der EG-Zollanteil kräftig (um 416 Mill. DM oder + 15,1 %) auf 3,2 Mrd. DM erhöht, da die Zölle im Berichtsjahr - bis auf einen Rest von 75 Mill. DM - in voller Höhe von den EG beansprucht wurden.

Dem B u n d flossen 1975 mit 120,0 Mrd. DM geringfügig höhere Einnahmen (+ 0,5 %) zu als im Jahr 1974. Der per saldo verbliebene Zuwachs von 600 Mill. DM setzte sich aus folgenden Minder- bzw. Mehreinnahmen zusammen:

- 940 Mill. DM Bundessteuern (darunter 416 Mill. DM infolge mehr abgeführter Zölle an die EG)
- 670 Mill. DM Anteil an Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer
- 228 Mill. DM anteilige Gewerbesteuerumlage
- + 519 Mill. DM Anteil an veranlagter Einkommensteuer
- + 1 919 Mill. DM Anteil an Mehrwert- und Einfuhrumsatzsteuer

Ohne die an die EG abgeführten Beträge würden die Mehreinnahmen aus den Umsatzsteuern statt 1,9 Mrd. DM sogar 4,7 Mrd. DM ausgemacht haben. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die Änderung des Umsatzsteuer-Beteiligungsverhältnisses zwischen Bund (68,25 %) und Ländern (31,75 %) zurückzuführen, die im Juli 1975 mit Rücksicht auf die relativ höhere Belastung des Bundeshaushalts durch die Steuerreform (einschl. Reform des Familienlastenausgleichs) vereinbart wurde⁹⁾. Die 5,25 Prozentpunkte, um die der Bundesanteil gegenüber 1974 ange-

hoben wurde, entsprechen - gemessen am Umsatzsteueraufkommen 1975 - einem Einnahmenvolumen von 2 839 Mill. DM.

Für die Entwicklung der gegenüber 1974 um 2,1 % auf 81,6 Mrd. DM gesunkenen Steuereinnahmen der L ä n d e r (einschl. staatlicher Bereich der Stadtstaaten) war die Herabsetzung des Bundesanteils/Herabsetzung des Länderanteils an den Umsatzsteuern ebenfalls entscheidend. Während die Mehreinnahmen aus den Landessteuern und aus dem Anteil an veranlagter Einkommensteuer (zusammen 873 Mill. DM) die Mindereinnahmen aus anteiliger Lohn-, Kapitalertrag-, Körperschaft- und Gewerbesteuer (zusammen 898 Mill. DM) annähernd wettmachten, schlug der Einnahmeausfall bei den Umsatzsteuern (- 1,8 Mrd. DM) in voller Höhe auf die Steuerhaushalte der Länder durch.

Den G e m e i n d e n / G e m e i n d e - v e r b ä n d e n (einschließlich des kommunalen Bereichs der Stadtstaaten) standen 1975 Steuereinnahmen in Höhe von 33,6 Mrd. DM zur Verfügung d.s. 933 Mill. DM oder 2,9 % (1974: + 9,3 %) mehr als vor Jahresfrist. Mehr als vier Fünftel dieser Einnahmen entfielen - zu gleichen Teilen von je 14 Mrd. DM - auf die Gewerbesteuern nach Abzug der Gewerbesteuerumlage und auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die Minderung der den Gemeinden verbleibenden (Netto-) Einnahmen aus Gewerbesteuern war mit 147 Mill. DM oder 1,0 % nicht so ausgeprägt wie die Minderung des Bruttoaufkommens aus Gewerbesteuern (- 3,1 %), was mit dem relativ kräftigen Rückgang der Gewerbesteuerumlage um 7,1 % auf 6,8 Mrd. DM zusammenhängt. In dieser Diskrepanz kommt zum Ausdruck, daß weder die Lohnsummensteuer noch das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, sofern es aus einer Hebesatzanspannung oberhalb der 300 %-Grenze resultiert, in die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuerumlage einbezogen wird. Der Zuwachs des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, der 1971 bis 1973 im kassenmäßigen Jahresnachweis jeweils rd. ein Fünftel betragen und sich im Vorjahr auf knapp 12 % belaufen hatte, belief sich im Berichtsjahr vor allem unter dem Einfluß der den unteren Einkommensbereich entlastenden Einkommensteuerreform nur noch auf 2,9 %. Ohne die in acht Ländern im Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhaltenen Zuflüsse aus dem aufgelösten Stabilitätzuschlag in Höhe von 308 Mill. DM würde

9) Sie fand ihren gesetzlichen Niederschlag im Vierten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (a.a.O.).

die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung des Berichtsjahres das Vorjahresergebnis nur um 72 Mill. DM oder 0,5 % überschritten haben. Zu den Einnahmen aus sonstigen

Steuern in Höhe von 5,4 Mrd. DM trug die Grundsteuer B nicht ganz 70 %, zu den entsprechenden Mehreinnahmen (677 Mill. DM) über 90 % bei.

III. Zusammenfassende Übersichten

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1975	1974	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	240 826,8	239 059,7	+ 1 767,1	+ 0,7
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	165 573,1	163 641,2	+ 1 931,9	+ 1,2
Lohnsteuer	71 190,7	71 960,2	- 769,6	- 1,1
Veranlagte Einkommensteuer	28 000,6	26 793,4	+ 1 207,2	+ 4,5
Kapitalertragsteuer	2 245,8	2 574,1	- 328,3	- 12,8
Körperschaftsteuer	10 054,0	10 403,4	- 349,4	- 3,4
Umsatzsteuer	35 721,4	33 593,1 ^{a)}	+ 2 128,3	+ 6,3
Einfuhrumsatzsteuer	18 360,6	18 317,1	+ 43,6	+ 0,2
Bundessteuern (einschl. EG-Anteile)	36 788,2	37 311,6	- 523,5	- 1,4
Gesellschaftsteuer	235,7	210,2	+ 25,5	+ 12,2
Börsenumsatzsteuer	124,5	64,3	+ 60,2	+ 93,5
Versicherungsteuer	1 145,9	1 118,6	+ 27,4	+ 2,4
Wechselsteuer	237,0	221,8	+ 15,2	+ 6,9
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	34 348,3	33 534,4	+ 813,9	+ 2,4
Zölle (100 %)	3 252,7	3 331,8	- 79,1	- 2,4
Tabaksteuer	8 885,8	8 952,3	- 66,5	- 0,7
Kaffeesteuer	1 266,1	1 190,4	+ 75,8	+ 6,4
Zuckersteuer	134,6	140,2	- 5,6	- 4,0
Branntweinmonopol	3 122,1	3 288,2	- 166,1	- 5,1
Schaumweinsteuer	350,9	344,4	+ 6,5	+ 1,9
Mineralölsteuer	17 121,3	16 051,7	+ 1 069,5	+ 6,7
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	214,9	235,4	- 20,5	- 8,7
Ergänzungsabgabe	694,4	2 159,5	- 1 465,2	- 67,8
Sonstige Bundessteuern ²⁾	2,3	2,8	- 0,5	- 17,3
Landessteuern	12 143,2	11 789,5	+ 353,6	+ 3,0
Vermögensteuer	3 338,8	3 410,4	- 71,6	- 2,1
Erbchaftsteuer	530,3	470,3	+ 59,9	+ 12,7
Grunderwerbsteuer	668,6	569,4	+ 99,2	+ 17,4
Kraftfahrzeugsteuer	5 502,8	5 159,2	+ 143,7	+ 2,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	839,1	721,3	+ 117,8	+ 16,3
darunter Lotteriesteuer	703,7	599,0	+ 104,7	+ 17,5
Biersteuer	1 274,7	1 262,3	+ 12,3	+ 1,0
Sonstige Landessteuern ³⁾	189,0	196,7	- 7,7	- 3,9
Gemeindesteuern	26 322,4	26 317,3	+ 5,1	+ 0,0
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) ⁴⁾	404,8	410,3	- 5,5	- 1,3
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	3 745,1	3 110,6	+ 634,6	+ 20,4
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	17 898,3	18 774,5	- 876,2	- 4,7
Lohnsummensteuer	2 998,4	2 793,7	+ 204,7	+ 7,3
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	837,3	814,7	+ 22,6	+ 2,8
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ...	438,4	413,5	+ 24,9	+ 6,0

1) Siehe Tab. 1, lfd. Nr. 18, 22, 23, 24 und 26. - 2) Siehe Tab. 1, lfd. Nr. 9, 28 und 29. - 3) Siehe Tab. 1, lfd. Nr. 40 und 42. - 4) Siehe Tab. 2, lfd. Nr. 1, 2 und 3.
a) Einschl. Investitionssteuer: 1974 = 740,6 Mill. DM.

III Zusammenfassende Übersichten

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1975	1974	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	241 097,0	238 178,8	+ 2 918,2	+ 1,2
EG-Anteile an Zöllen	3 177,3	2 761,0	+ 416,3	+ 15,1
EG-Anteile an Umsatzsteuer	2 755,5	-	+ 2 755,5	.
Steuereinnahmen des Bundes	120 012,5	119 412,5	+ 600,0	+ 0,5
Bundessteuern (ohne EG-Anteile)	33 610,9	34 550,6	- 939,8	- 2,7
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer	42 652,3	42 464,1	+ 188,2	+ 0,4
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer	6 149,9	6 488,7	- 338,8	- 5,2
Umsatzsteuern ¹⁾²⁾	34 155,5	32 236,8	+ 1 918,6	+ 6,0
Gewerbsteuerumlage	3 444,0	3 672,3	- 228,3	- 6,2
Steuereinnahmen der Länder	81 560,4	83 347,3	- 1 786,9	- 2,1
Landessteuern	12 143,2	11 789,5	+ 353,6	+ 3,0
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer	42 652,3	42 464,1	+ 188,2	+ 0,4
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer	6 149,9	6 488,7	- 338,8	- 5,2
Umsatzsteuern ¹⁾³⁾	17 171,0	18 932,7	- 1 761,7	- 9,3
Gewerbsteuerumlage	3 444,0	3 672,3	- 228,3	- 6,2
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	6 846,8	7 024,7	- 177,9	- 2,5
Länder ohne Stadtstaaten	74 713,6	76 322,7	- 1 609,1	- 2,1
Steuereinnahmen der Gemeinden	33 591,3	32 657,9	+ 933,3	+ 2,9
Gewerbsteuern (100 %)	20 896,7	21 568,2	- 671,5	- 3,1
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	6 829,5	7 354,3	- 524,8	- 7,1
Gewerbsteuern (netto)	14 067,2	14 213,9	- 146,6	- 1,0
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	14 098,4	13 695,0	+ 403,4	+ 2,9
Übrige Gemeindesteuern	5 425,7	4 749,1	+ 676,6	+ 14,2
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	3 197,7	3 061,2	+ 136,5	+ 4,5
Gemeinden/Gv.	30 393,6	29 596,7	+ 796,8	+ 2,7
Kreisfreie Städte	13 898,0	13 712,7	+ 185,3	+ 1,4
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	15 964,9	15 350,8	+ 614,1	+ 4,0
mit 10 000 und mehr Einwohnern	10 399,2	9 531,5	+ 867,7	+ 9,1
mit weniger als 10 000 Einwohnern	5 565,7	5 819,3	- 253,6	- 4,4
Landkreise	530,7	533,2	- 2,5	- 0,5
Außerdem Lastenausgleichsabgaben	1 241,2	1 299,1	- 57,9	- 4,5

1) Ohne Investitionssteuer (StÄndG 1973). - 2) Anteil 1975 = 68,25 %, 1974 = 63 %. - 3) Anteil 1975 = 31,75 %, 1974 = 37 %.

III Zusammenfassende Übersichten

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden nach Ländern

Mill.DM

Land	Viertel-jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein-schaft-steuern	Bundes-steuern (einschl. EG-Anteile)	Landes-steuern	Gemeinde-steuern	insgesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1975	165 573,1	36 788,2	12 143,2	26 322,4	240 826,8	81 560,4	33 591,3
	1974	163 641,2 ^{a)}	37 311,6	11 789,5	26 317,3	239 059,7	83 347,3 ^{b)}	32 657,9
Schleswig-Holstein ...	1975	4 826,9	524,4	382,6	834,7	6 568,5	3 059,1	1 175,7
	1974	4 771,9	1 082,9	378,4	832,6	7 065,9	3 086,0	1 142,6
Niedersachsen	1975	13 504,9	2 253,8	1 138,4	2 484,7	19 381,7	8 539,7	3 353,1
	1974	12 727,1	2 090,4	1 087,5	2 436,6	18 341,6	8 640,5	3 110,0
Nordrhein-Westfalen ..	1975	51 449,9	8 003,5	3 391,8	7 590,3	70 435,5	23 401,5	9 729,2
	1974	51 310,3	6 954,3	3 337,8	7 746,6	69 349,0	24 078,4	9 594,6
Hessen	1975	16 604,5	1 761,1	1 123,2	2 664,8	22 153,5	7 703,4	3 375,2
	1974	16 669,1	1 810,0	1 183,2	2 613,8	22 276,1	8 034,8	3 206,3
Rheinland-Pfalz	1975	7 558,2	1 105,3	604,7	1 365,3	10 633,5	4 308,0	1 730,7
	1974	7 421,4	1 143,2	574,5	1 408,7	10 547,7	4 400,0	1 733,9
Baden-Württemberg	1975	27 449,8	3 387,5	1 917,6	4 093,5	36 848,4	13 032,2	5 165,4
	1974	26 749,1	3 499,9	1 798,9	4 090,6	36 138,6	13 027,5	5 061,9
Bayern	1975	24 963,3	2 783,5	2 195,0	4 228,3	34 170,1	13 376,4	5 445,9
	1974	24 774,0	3 718,8	2 104,3	4 260,7	34 857,8	13 742,0	5 333,9
Saarland	1975	2 390,1	170,3	190,8	313,7	3 064,9	1 293,3	418,4
	1974	2 384,9	200,2	180,8	318,9	3 084,9	1 313,6	413,6
Hamburg	1975	10 953,7	10 851,2	573,4	1 369,3	23 747,6	3 630,0	1 666,9
	1974	11 006,3	10 618,0	540,6	1 243,3	23 408,2	3 727,2	1 529,0
Bremen	1975	2 839,5	1 894,8	175,0	460,9	5 370,2	1 131,6	553,6
	1974	2 880,1	2 102,6	171,6	472,4	5 626,6	1 160,3	555,2
Berlin (West)	1975	3 032,2	4 052,8	450,9	916,9	8 452,8	2 085,2	977,2
	1974	2 947,1	4 091,3	431,9	893,0	8 363,3	2 137,1	977,0

a) Einschl. - b) Ohne Investitionssteuer.

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	165 573 127	4 826 889	13 504 941	51 449 940	16 604 464
2	Lohnsteuer	71 190 686	2 267 354	6 653 425	21 533 449	7 353 291
3	Veranlagte Einkommensteuer	28 000 621	1 061 430	2 638 463	8 725 483	2 156 317
4	Kapitalertragsteuer	2 245 805	24 239	74 634	694 041	481 064
5	Körperschaftsteuer	10 053 990	234 721	544 434	2 655 800	1 176 335
6	Umsatzsteuer	35 721 409	868 231	2 707 218	10 902 248	3 741 971
7	Einfuhrumsatzsteuer	18 360 616	370 914	886 767	6 938 919	1 695 486
8	Bundessteuern einschl. EG-Anteile	36 788 155	524 364	2 253 787	8 003 515	1 761 076
9	Straßengüterverkehrsteuer	976	6	53	281	194
10	Gesellschaftsteuer	235 699	4 517	17 244	73 319	35 728
11	Börsenumsatzsteuer	124 472	1 100	5 443	31 983	40 913
12	Versicherungsteuer	1 145 929	16 728	111 968	364 286	122 706
13	Wechselsteuer	237 036	3 556	12 223	70 321	38 338
14	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	34 348 328	477 408	2 053 450	7 277 868	1 451 028
15	Zölle (100 %)	3 252 725	111 908	113 836	736 750	375 644
16	Tabaksteuer	8 885 753	32	584 606	782 555	3 220
17	Kaffeesteuer	1 266 144	22 304	12 732	117 843	3 905
18	Teesteuer	43 132	791	7 725	4 536	4 492
19	Zuckersteuer	134 599	3 970	31 545	45 111	6 966
20	Branntweinmonopol	3 122 114	289 507	344 954	954 872	156 478
21	Schaumweinsteuer	350 882	3 715	1 472	16 249	135 952
22	Zündwarensteuer	9 057	1 347	486	3 297	-
23	Zündwarenmonopol	13 548	-	-	13 548	-
24	Leuchtmittelsteuer	94 891	47	1 209	34 729	6 814
25	Mineralölsteuer	17 121 258	43 661	933 446	4 558 582	757 250
26	Sonstige (vorwiegend Salz-, Essigsäure- und Spielkartensteuer)	54 225	126	21 439	9 796	307
27	Ergänzungsabgabe	694 358	21 020	53 363	184 915	72 238
28	Beförderungsteuer	1 059	20	-	217	43
29	Notopfer Berlin	298	9	43	325	- 112

a) Darunter 721 600 (000) DM Heizölsteuer.

t e i l

Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1975

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

7 558 196	27 449 847	24 963 338	2 390 111	148 747 726	10 953 716	2 839 506	3 032 179	16 825 401	1
3 068 564	11 552 978	10 959 686	1 100 741	64 489 488	4 237 522	1 207 238	1 256 438	6 701 198	2
1 368 673	4 661 743	4 545 462	220 913	25 378 484	1 542 826	393 579	685 733	2 622 138	3
91 557	255 205	253 040	27 432	1 901 212	235 295	32 006	77 292	344 593	4
471 057	2 727 688	1 329 085	134 068	9 273 188	587 686	134 907	58 209	780 802	5
1 811 154	6 062 218	5 848 195	431 777	32 373 012	2 031 605	498 109	818 684	3 348 398	6
747 191	2 190 015	2 027 870	475 180	15 332 342	2 318 782	573 667	135 823	3 028 272	7
1 105 330	3 387 504	2 783 472	170 323	19 989 371	10 851 181	1 894 764	4 052 838	16 798 783	8
122	192	93	14	955	17	4	- 2	19	9
6 889	27 406	32 390	2 052	199 545	18 127	2 580	15 449	36 156	10
2 497	9 495	16 883	530	108 844	10 255	1 311	4 062	15 628	11
5 435	120 463	207 279	7 522	956 387	158 838	12 135	18 569	189 542	12
8 968	36 656	29 053	4 264	203 379	18 930	11 353	3 374	33 657	13
1 050 297	3 044 199	2 404 856	148 130	17 907 236	10 596 757	1 857 269	3 987 067	16 441 093	14
96 014	374 944	491 810	13 516	2 314 422	703 257	185 089	49 954	938 300	15
83 804	980 596	727 385	17 998	3 180 196	1 316 196	860 851	3 528 511	5 705 558	16
71 161	10 211	29 741	968	268 865	310 063	578 711	108 506	997 280	17
4	763	666	1	18 978	17 624	6 517	14	24 155	18
6 057	9 768	27 185	1 505	132 107	1 517	56	920	2 493	19
471 545	120 122	248 879	30 509	2 616 866	148 279	140 438	216 530	505 247	20
149 126	13 590	11 728	16 127	347 959	1 941	259	723	2 923	21
590	1 397	1 940	-	9 057	-	-	-	-	22
-	-	-	-	13 548	-	-	-	-	23
1 823	3 403	34 461	253	82 739	1 044	95	11 013	12 152	24
169 946	1 520 367	819 980	66 638	8 869 870	8 096 130	85 023	70 235	8 251 388	25
227	9 038	11 081	615	52 629	706	230	661	1 597	26
30 950	149 075	92 278	7 811	611 650	48 297	10 113	24 297	82 707	27
170	22	637	-	1 109	- 57	- 1	7	- 51	28
2	- 5	3	-	265	17	-	15	32	29

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der
1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
30	Landessteuern	12 143 175	382 619	1 138 357	3 391 805	1 123 167
31	Vermögensteuer	3 338 806	75 823	248 198	988 504	349 850
32	Erbschaftsteuer	530 254	8 597	28 018	143 383	39 436
33	Grunderwerbsteuer	668 554	29 798	74 207	129 961	60 915
34	Kraftfahrzeugsteuer	5 302 846	225 068	616 474	1 429 126	486 873
35	Rennwett- und Lotteriesteuer	839 050	27 396	75 765	276 030	66 386
36	Totalisatorsteuer	66 480	548	900	33 179	1 156
37	Andere Rennwettsteuer	23 824	120	1 474	13 634	1 806
38	Lotteriesteuer	703 686	24 676	73 391	213 557	56 964
39	Sportwettsteuer ¹⁾	45 059	2 052	-	15 660	6 459
40	Feuerschutzsteuer	188 214	4 000	20 319	31 566	23 975
41	Biersteuer	1 274 658	11 938	74 919	392 911	95 733
42	Sonstige	793	-	457	323	-
43	Gemeindesteuern	26 322 383	834 656	2 484 651	7 590 275	2 664 812
44	Grundsteuern ²⁾	4 149 982	153 657	479 388	1 044 512	359 674
45	Gewerbsteuern (100 %)	20 896 712	611 060	1 861 213	6 242 406	2 159 895
46	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 275 687	69 939	144 048	303 356	145 243
47	Steuereinnahmen insgesamt	240 826 840	6 568 528	19 381 736	70 435 535	22 153 519
n a c h d e r						
48	EG-Anteile an Zöllen	3 177 276	x	x	x	x
49	EG-Anteile an Umsatzsteuer	2 755 531	x	x	x	x
50	Steuereinnahmen des Bundes	120 012 497	x	x	x	x
51	Bundessteuern (ohne EG-Anteile)	33 610 879	x	x	x	x
52	Einkommen- und Körperschaftsteuer (43 bzw. 50 %)	48 802 159	x	x	x	x
53	Umsatzsteuern (68,25 %)	34 155 451	x	x	x	x
54	Gewerbsteuerumlage (50 %)	3 444 008	x	x	x	x
55	Steuereinnahmen der Länder	81 560 385	3 059 108	8 539 739	23 401 480	7 703 389
56	Landessteuern	12 143 175	382 619	1 138 357	3 391 805	1 123 167
57	Einkommen- und Körperschaftsteuer (43 bzw. 50 %)	48 802 159	1 847 034	4 724 826	14 439 304	4 787 037
58	Umsatzsteuern (31,75 %)	17 171 043	717 558	2 376 418	4 542 490	1 471 243
59	Gewerbsteuerumlage (50 %)	3 444 008	111 897	300 138	1 027 881	321 942
60	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	33 591 280	1 175 693	3 353 103	9 729 208	3 375 203
61	Gemeindesteuern	26 322 383	834 656	2 484 651	7 590 275	2 664 812
62	Gewerbsteuerumlage (Ausgaben)	6 829 501	223 793	599 118	2 055 762	629 333
63	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer	14 098 398	564 829	1 467 570	4 194 696	1 339 724
64	Steuereinnahmen insgesamt	241 096 969	x	x	x	x
Außerdem						
65	Lastenausgleichsabgaben	1 241 227	38 366	115 288	526 339	96 298
66	Vermögensabgabe	1 128 147	28 945	99 429	492 380	88 628
67	Hypothekengewinnabgabe	112 527	9 418	15 830	33 600	7 640
68	Kreditgewinnabgabe	553	3	29	359	30

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.- 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgegli

Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1975
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
604 684	1 917 553	2 194 986	190 756	10 943 927	573 384	175 002	450 862	1 199 248	30
131 300	575 421	538 366	38 372	2 945 834	221 460	48 824	122 686	392 970	31
21 869	98 314	114 022	3 879	457 518	24 136	8 498	40 102	72 736	32
-	100 493	112 305	9 183	516 862	77 253	10 604	63 836	151 693	33
323 681	836 801	943 927	89 194	4 951 144	149 691	66 689	135 322	351 702	34
44 371	107 292	109 699	15 011	721 950	56 170	10 779	50 152	117 101	35
3	3 206	10 908	1	49 901	6 042	428	10 111	16 581	36
-	2 492	734	25	20 285	2 027	96	1 418	3 541	37
44 368	91 900	90 651	13 899	609 406	45 401	10 255	38 624	94 280	38
-	9 695	7 406	1 086	42 358	2 700	-	-	2 700	39
9 633	43 625	39 410	471	172 999	10 261	2 200	2 754	15 215	40
73 824	155 602	337 256	34 645	1 176 828	34 414	27 408	36 007	97 829	41
5	5	-	1	791	-	-	2	2	42
1 365 302	4 093 469	4 228 308	313 746	23 575 218	1 369 315	460 944	916 906	2 747 165	43
232 327	549 324	886 252	64 176	3 769 311	147 665	56 185	176 822	380 672	44
1 008 020	3 353 007	3 089 878	234 644	18 560 122	1 216 838	388 683	731 069	2 336 590	45
124 955	191 138	252 178	14 926	1 245 783	4 813	16 076	9 015	29 904	46
10 633 512	36 848 373	34 170 104	3 064 936	203 256 242	23 747 596	5 370 216	8 452 785	37 570 597	47
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
x	x	x	x	x	x	x	x	x	51
x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
x	x	x	x	x	x	x	x	x	53
x	x	x	x	x	x	x	x	x	54
4 308 021	13 032 225	13 376 365	1 293 268	74 713 595	3 630 049	1 131 553	2 085 185	6 846 787	55
604 684	1 917 553	2 194 986	190 756	10 943 927	573 384	175 002	450 862	1 199 248	56
2 501 931	8 092 067	7 657 377	663 776	44 713 352	2 411 328	710 544	966 932	4 088 804	57
1 021 255	2 432 108	3 007 528	398 826	15 967 426	456 407	190 692	556 518	1 203 617	58
180 151	590 497	516 474	39 910	3 088 890	188 930	55 315	110 873	355 118	59
1 730 655	5 165 366	5 445 942	418 419	30 393 590	1 666 914	553 591	977 186	3 197 691	60
1 365 302	4 093 469	4 228 308	313 746	23 575 218	1 369 315	460 944	916 906	2 747 165	61
342 933	1 153 893	1 027 739	86 693	6 119 264	377 861	110 629	221 746	710 236	62
708 286	2 225 791	2 245 373	191 366	12 937 636	675 459	203 276	282 026	1 160 761	63
x	x	x	x	x	x	x	x	x	64
47 505	154 001	176 965	-	1 154 762	51 665	13 344	21 458	86 467	65
45 456	145 573	158 903	-	1 059 314	45 725	11 758	11 350	68 833	66
2 022	8 503	18 043	-	95 056	5 894	1 512	10 066	17 472	67
27	- 75	19	-	392	46	74	42	162	68

chen.

2 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern
1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) ..	404 922	28 030	82 030	35 533	35 929
	Grundsteuerbeteiligungsbeträge					
2	Einnahmen ..	204	0	0	-	-
3	Ausgaben ...	289	-	1	-	-
4	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	3 745 146	125 627	397 359	1 008 980	323 745
5	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	17 898 346	536 739	1 582 210	4 606 024	1 791 745
6	Lohnsummensteuer	2 998 366	74 321	279 003	1 636 382	368 150
7	Gewerbsteuerumlage (Ausgaben)	6 829 501	223 793	599 118	2 055 762	629 333
8	Gewerbsteuern (netto) ¹⁾	14 067 211	387 267	1 262 095	4 186 643	1 530 562
9	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	14 098 398	564 829	1 467 570	4 194 696	1 339 724
10	Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	837 278	39 243	99 767	227 075	81 220
11	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	438 409	30 696	44 281	76 281	64 023
12	Insgesamt ...	33 591 280	1 175 693	3 353 103	9 729 208	3 375 203
						Kreisfreie
13	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) ..	15 103	531	2 293	3 346	1 242
	Grundsteuerbeteiligungsbeträge					
14	Einnahmen ..	0	-	0	-	-
15	Ausgaben ...	107	-	1	-	-
16	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 674 622	47 329	163 129	603 811	175 539
17	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	7 345 283	189 305	488 267	2 576 350	936 082
18	Lohnsummensteuer	1 813 896	65 493	211 781	1 164 874	270 079
19	Gewerbsteuerumlage (Ausgaben)	2 620 970	76 177	173 485	1 102 002	300 332
20	Gewerbsteuern (netto) ²⁾	6 538 209	178 621	526 563	2 639 222	905 829
21	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	5 180 657	176 786	456 477	2 232 945	466 162
22	Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	316 314	8 223	26 048	118 790	27 482
23	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	173 203	14 662	16 347	31 487	30 503
24	Insgesamt ...	13 898 001	426 151	1 190 856	5 629 600	1 606 756

1) Lfd.Nr. 5 bis 7.- 2) Lfd.Nr. 17 bis 19.

a) Grunderwerbsteuer.

n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1975

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

gesamt

34 238	67 054	118 772	2 111	403 697	844	259	122	1 225	1
-	-	201	3	204	-	-	-	-	2
-	-	288	-	289	-	-	-	-	3
198 089	482 270	767 567	62 062	3 365 699	146 821	55 926	176 700	379 447	4
917 039	3 306 583	3 089 873	234 644	16 064 856	1 004 704	276 574	552 213	1 833 491	5
90 981	46 424	5	-	2 495 266	212 134	112 110	178 856	503 100	6
342 933	1 153 893	1 027 739	86 693	6 119 264	377 861	110 629	221 746	710 237	7
665 087	2 199 114	2 062 139	147 951	12 440 858	838 977	278 054	509 323	1 626 353	8
708 286	2 225 791	2 245 373	191 366	12 937 636	675 459	203 276	282 026	1 160 762	9
87 901 ^{a)}	128 769	147 756	11 407	823 139	-	14 139	-	14 139	10
37 054	62 369	104 422	3 519	422 644	4 813	1 937	9 015	15 765	11
1 730 655	5 165 366	5 445 942	418 419	30 393 590	1 666 914	553 591	977 186	3 197 690	12

Städte

2 264	2 417	3 010	-	x	x	x	x	x	13
-	-	0	-	x	x	x	x	x	14
-	-	106	-	x	x	x	x	x	15
85 072	187 872	411 871	-	x	x	x	x	x	16
403 372	1 100 246	1 651 662	-	x	x	x	x	x	17
55 244	46 424	-	-	x	x	x	x	x	18
146 507	346 395	476 072	-	x	x	x	x	x	19
312 109	800 276	1 175 590	-	x	x	x	x	x	20
255 898	603 082	989 308	-	x	x	x	x	x	21
33 032 ^{a)}	39 859	62 881	-	x	x	x	x	x	22
7 825	15 508	56 871	-	x	x	x	x	x	23
696 200	1 649 013	2 699 426	-	x	x	x	x	x	24

2 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1975
1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	387 463	27 499	79 737	32 187	34 687	31 974	64 637	114 631	2 111
Grundsteuerbeteili- gungsbeträge									
Einnahmen	204	0	0	-	-	-	-	201	3
Ausgaben	183	-	0	-	-	-	-	183	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	1 690 989	78 299	234 231	405 168	148 206	113 017	294 398	355 607	62 062
Gewerbsteuer nach Er- trag und Kapital	8 719 050	347 434	1 093 943	2 029 674	855 663	513 667	2 206 336	1 437 688	234 644
Lohnsummensteuer	681 370	8 828	67 222	471 508	98 071	35 736	-	5	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgaben)	3 498 294	147 616	425 633	953 760	329 001	196 426	807 498	551 667	86 693
Gewerbsteuern netto .	5 902 125	208 646	735 532	1 547 422	624 733	352 978	1 398 838	886 026	147 951
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7 756 979	388 044	1 011 093	1 961 751	873 562	452 388	1 622 709	1 256 066	191 366
Zuschlag zur Grund- erwerbsteuer	9 265	-	2 462	301	-	-	-	6 502	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	218 091	13 424	22 677	38 889	30 173	20 048	44 704	44 885	3 293
Insgesamt ...	15 964 933	715 912	2 085 732	3 985 718	1 711 361	970 404	3 425 286	2 663 734	406 786
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	1 131	-	-	-	-	-	-	1 131	-
Grundsteuerbeteili- gungsbeträge									
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	89	-	-	-	-	-	-	89	-
Gewerbsteuer nach Er- trag und Kapital	523	-	-	-	-	-	-	523	-
Lohnsummensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgaben)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuern netto .	523	-	-	-	-	-	-	523	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschlag zur Grund- erwerbsteuer	497 561	31 020	71 258	107 985	53 738	54 870	88 911	78 372	11 407
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	31 351	2 610	5 258	5 906	3 347	9 181 ^{a)}	2 157	2 667	226
Insgesamt ...	530 656	33 630	76 516	113 891	57 085	64 051	91 067	82 782	11 634

1) Bei Kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Stadtverband Saarbrücken.

a) Einschl. 2 841 (000) DM der Verbandsgemeinden.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden im Jahr 1975 nach der
Steuerverteilung und nach Gemeindegrößenklassen *)

1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	715 912	341 806	374 105
Niedersachsen	2 085 732	1 456 652	629 079
Nordrhein-Westfalen	3 985 718	3 797 204	188 513
Hessen	1 711 361	1 079 719	631 642
Rheinland-Pfalz	970 404	282 130	688 274
Baden-Württemberg	3 425 286	2 227 806	1 197 480
Bayern	2 663 734	824 850	1 838 885
Saarland	406 786	389 019	17 766
Bundesgebiet ...	15 964 933	10 399 186	5 565 745
davon:			
Grundsteuer A ¹⁾	387 484	126 741	260 741
Grundsteuer B	1 690 989	1 098 762	592 228
Gewerbesteuer (E. u. K.)	8 719 050	5 803 295	2 915 755
Lohnsummensteuer	681 370	638 098	43 271
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	3 498 294	2 349 507	1 148 787
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	7 756 979	4 950 744	2 806 235
Übrige Gemeindesteuern	227 356	131 052	96 304

*) Zuordnung zu den Gemeindegrößenklassen nach der Einwohnerzahl am 30. Juni 1975 - Gebietsstand am 31. 12. 1975.

1) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen.